№ 170 Abend-Ausgabe
B 84

Berlin

Mittwoch, 11. April 1923

# Vossische Zeitung

Gegründet 1704

150 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsl.): Jul. Elbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

# Staatssekretär Hamm freigelassen

## Einen Tag festgehalten.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Hamm ist heute vormittag wieder in Berlin eingetroffen. Er ist von den französischen Besatzungstruppen nach etwa 24stündiger Haft gestern abend freigelassen und unter Eskorte nach dem Bahnhof Scharnhorst gebracht worden, von wo er die Rückreise nach Berlin antreten konnte.

Ueber die Festhaltung des Staatssekretärs der Reichskanzlei, der sich zu den Trauerfeierlichkeiten nach Essen begeben wollte, erfahren wir folgende Einzelheiten: Staatssekretär Hamm ist am Montag abend in Scharnhorst aus dem Zuge herausgeholt worden, ebenso der ehemalige Reichspostminister Giesberts und der frühere preußische Ministerpräsident Stegerwald, die sich in demselben Zuge befanden. Mit diesen beiden Herren wurde der Staatssekretär dann in einem ausrangierten Eisenbahn-Postwagen vernommen.

Als Grund der Verhaftung wurde angegeben, daß ein Einreiseverbot für Minister und Regierungsmitglieder erlassen worden sei. Staatssekretär Hamm wies darauf hin, daß er weder Minister noch Regierungsmitglied sei; diese Erklärung wurde aber nicht akzeptiert. Sein Verlangen, daß er sich sofort an den General wenden dürfe, wurde abschlägig beschieden und bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß für den Tag der Trauerfeier besonders strenge Befehle wegen der Einreisekontrolle erlassen worden seien. Auf der Liste der Personen, deren Einreise verhindert werden solle, ständen an erster Stelle die Namen des Reichskanzlers Dr. Cuno und des Staatssekretärs Hamm.

Die drei Herren wurden dann noch in der Nacht im offenen Auto unter militärischer Bedeckung nach Castrop gebracht, wo sie die Nacht in einem schlecht geheizten Schulraum verbringen mußten.

Die Vorstellungen des Staatssekretärs, daß er noch immer seine Gelegenheit gehabt habe, etwas gegen seine Verhaftung einzuwenden, wurden nicht beachtet. Dienstag vormittag um 10 Uhr wurden dann Stegerwald und Giesberts vom Divisionsgeneral die Erlaubnis zur Abreise gegeben, Staatssekretär Hamm aber weiter festgehalten. Erst abends um 8 Uhr traf eine Depesche des Generals Degoutte ein, daß Staatssekretär Hamm durch einen Offizier an die Grenze des besetzten Gebietes zu bringen und ihm unter Androhung schwerer Strafe das Widerbetreten des besetzten Gebietes zu verbieten sei.

Staatssekretär Hamm hat gegen dieses Verbot selbstverständlich scharfen, schriftlichen Protest an die Adresse des Generals Degoutte gerichtet und ist dann im Auto von Castrop nach Scharnhorst und von da an den D-Zug gebracht worden, der ihn nach Berlin führte.

**Die Regierung wird gegen die Festnahme des Staatssekretärs Hamm durch die französische Besatzungsbehörde bei der französischen Regierung schärfstens Protest erheben.** Die Nachricht, daß es dem preußischen Staatssekretär Göhre gelungen sei, unbehindert an den Trauerfeierlichkeiten teilzunehmen, ist unrichtig, Göhre ist nicht nach Essen gereist.

## Selbst die Franzosen bewundern — nur die Kommunisten stören.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

ams **Essen**, 11. April.

Die großartige Trauerfeier für die Opfer vom Osternsonnabend ist unter Beteiligung von Hunderttausenden ohne Störung verlaufen. Die Franzosen haben wie verlautet die Ordnung und Würde bewundern müssen, die bei dem Aufmarsch und bei der Feier gebrscht haben. Insbesondere sind die Franzosen darüber erstaunt gewesen, daß keinerlei Tafeln oder Fahnen mit gegen sie gerichtete Inschriften im Zuge getragen worden sind. Die deutsche Bevölkerung hat gezeigt, daß sie ihre Toten würdig zu ehren versteht.

Den Kommunisten allein ist es vorbehalten gewesen, zu versuchen, einen Mißklang herbeizuführen. Sie hätten am liebsten die ganze Feier für sich in Anspruch genommen, weil unter den Opfern sich das kommunistische Mitglied des Betriebsrates, Zander, befand. Aber da das begreiflicherweise an dem starken Widerstand der anderen Parteien gescheitert ist, suchten sie wenigstens nach außen hin ein so starkes Aufgebot als möglich zu zeigen. Sie erschienen mit einem Riesenaufwand von Fahnen und brachten aus den Nachbarorten eine ganze Reihe von Deputationen auf den Plan. Wie schon gemeldet, hatten die Kommunisten vor dem Abmarsch des Leichenzuges Protest erhoben gegen das Spielen von religiösen Liedern und Choralen, sowie gegen die Teilnahme der Geistlichkeit an der Trauerfeier. Aber sie wurden auch hier kurz abgewiesen.

Am Grabe sprach nach den Vertretern des evangelischen und des katholischen Bekenntnisses der Prediger der Freireligiösen Gemeinde, der sich in starken Ausfällen und Angriffen gegen andere Dentende erging. Es war die Abmachung getroffen, daß keinerlei Propaganda irgendwelcher Art bei den Reden gemacht würde und alle anderen Redner hatten ihre Reden vorher festgelegt. Nur der freireligiöse Redner hatte das verweigert. Schließlich wurden seine Ausfälle so stark daß Unruhe entstand und daß man dann den Redner von hinten am Rocke zupfte, um ihn auf das Taktlose seines Benehmens aufmerksam zu machen.

Zu ernsteren Zwischenfällen schien es aber ganz am Schluß der Trauerfeier zu kommen. Als die offizielle Feier vorbei war und man an das Einbecken der Särge ging, ergriff an dem Grabe des Kommunisten Zander ein Gesinnungsgenosse von ihm plötzlich das Wort, um eine wüste Brandrede zu halten. Dieser Bruch aller Abmachungen rief bei den Umstehenden große Empörung hervor. Es bedurfte des energischen Einschreitens der besonnenen Ordnet, um zu verhindern, daß diese Mißstimmung in Tätlichkeiten ausartete.

## Räumung das nächste Ziel.

Ein Beschluß der freien Gewerkschaften.

**Köln**, 11. April. (W. T. B.)

**In Dortmund tagte, nach der „Kölnischen Zeitung", eine Konferenz der freien Gewerkschaften aus dem besetzten Gebiet, in der zu der augenblicklichen Lage Stellung genommen wurde. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die über die Haltung in den Kreisen der freien Gewerkschaften unterrichtet. Danach heben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten des Ruhrgebiets nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Einbruch des französischen und belgischen Militärismus in das Ruhrgebiet mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des passiven Widerstandes abgewehrt werden muß. Die Konferenz erwartet von der Regierung, daß sie jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um den Abwehrkampf zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Die Räumung des Ruhrgebietes muß im Vordergrund aller Verhandlungen stehen und als nächstes Ziel erreicht werden.**

## Keine U-Bootmotoren bei Benz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ **Mannheim**, 11. April.

Bekanntlich sind die Motorenwerke A.-G. vorm. Benz, Abteilung stationärer Motorenbau, seit kurzem von französischen Truppen besetzt und der Betrieb ruht seitdem. Am Montag war nun auf Veranlassung des deutschen Auswärtigen Amtes eine Kommission der nautischen interalliierten Kommission im Werk, die schon früher dort kontrolliert hatte. Das Auswärtige Amt hatte die Direktion benachrichtigt, daß die Kommission kommen würde, und daß ihr weitestgehendes Entgegenkommen bewiesen und jede Aufklärung erteilt werden solle. Das ist auch geschehen. Der Kommission, die unter Führung eines Italieners stand, gehörte noch ein Engländer und ein Franzose an. Die französische Besatzung im Werk gab die Erlaubnis, die Maschinen zu besichtigen und **die Kommission stellte nach zweistündiger Untersuchung fest, daß es sich um keine U-Boot-Maschinen handle.**

## Traub vor dem Staatsgerichtshof.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

✱ **Leipzig**, 11. April.

Vor dem zweiten (süddeutschen) Senat des Staatsgerichts in Leipzig hatte sich heute der ehemalige Pfarrer Gottfried Traub, Aufenthaltsort zurzeit Solln bei München, wegen seines am 6. Mai 1922 in der „München-Augsburger Abendzeitung" veröffentlichten Artikels „Der Zwang zur Lüge" zu verantworten. Der Artikel befaßte sich mit einem Empfangsabend des Reichspräsidenten im Februar 1921, der zur Aufklärung über die Greuelpropaganda des Auslandes dienen sollte. Im Verlaufe des Abends brachte der Direktor der Lautabteilung der Staatsbibliothek in Berlin, Wilhelm Doegen, Lautaufnahmen aus etwa 175 deutschen Gefangenenlagern zur Vorführung. Anknüpfend an eine im „Reichsanzeiger" des Grafen Reventlow aufgestellten, verleumderischen Behauptung, daß bei dieser Gelegenheit der Reichspräsident die Marseillaise (!) und die englische Volkshymne (!) habe spielen lassen, schrieb Traub, dem Reichspräsidenten sei danach alles mögliche zuzutrauen. Er sei außerdem der vollen Ueberzeugung, daß die Revolutionsregierung geboren den sei, in der Kriegsschuldfrage die Wahrheit nicht zu sagen.

In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, erhabe sich überzeugt, daß er die Vorgänge beim Empfangsabend vom 2. Februar 1921 in vollständig entstellter Weise wiedergegeben habe und daß deshalb der aus dieser Darstellung gezogene Schluß, der Reichspräsident habe bei jener Gelegenheit eine vaterlandswidrige Gesinnung an den Tag gelegt, eine der Wirklichkeit widersprechende schwere Kränkung des Reichspräsidenten enthalte. Er erkläre sein Bedauern darüber und sei bereit, diese Erklärung in einer der nächsten Nummern der München-Augsburger Abendzeitung abzugeben.

## Englands Wohnungsnot.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

✱ **London**, 6. April.

Die Unzufriedenheit mit der Sozialfürsorge der englischen Regierung, die in der gestrigen Unterhausabstimmung zum Ausdruck kam, hat ihre tiefste Ursache in der chronischen Wohnungsnot. Die nachstehenden Ausführungen unseres Londoner Berichterstatters dürfen deshalb besonderes Interesse beansprechen.

Während die meisten englischen Minister sich auf dem Land oder an der See von den Strapazen der ersten Monate der diesjährigen Parlamentstagung erholen, ist der erst kurz vor Ostern neu ernannte Wohlfahrtsminister Neville Chamberlain, ein jüngerer Sohn des berühmten Kolonialpolitikers „Joe" Chamberlain, damit beschäftig, das neue Bauzuschußgesetz auszuarbeiten. Der geschäftlich besonders befähigte Erbe des Birminghamer Kleineisen-Fabrikanten soll jenes von seinem Wohlfahrtsminister bisher entdeckte Zaubermittel besitzen, das England von der schier unerträglichen Wohnungsnot befreien soll.

Man bekommt jetzt in England, wenn man nicht in der Lage ist, einen phantastischen Preis für den Kauf eines Hauses anzulegen, weder als Junggeselle noch als Ehemann oder Vater eine unmöblierte und nur zu fast unerschwinglichen Preisen bei einigem Glück eine möblierte Wohnung. Durchstreift man die Straßen und Vorstädte Londons, so sieht man an den Häusern sehr häufig das Schild „Zu verkaufen". Trifft man einmal das Schild „Zu vermieten", so folgt meist der ominöse Nachsatz „nur für Bürozwecke". Nichts kennzeichnet das Mißverhältnis so deutlich wie eine kürzlich für London veröffentlichte Statistik, aus der hervorging, daß an einem Stichtage in Großlondon etwas über 18 000 meist nur für gewerbliche Zwecke benutzbare Räume unvermietet waren, während der Bedarf an Wohnungen die Hunderttausend bei weitem überschritt. In England, Schottland und Wales besteht zurzeit ein Fehlbetrag von etwa 400 000 Wohnungen, eine Ziffer, die in ihrer sozialpolitischen Tragweite verschärft wird durch die Tatsache, daß von den zurzeit bewohnten Wohnungen und provisorischen Unterkunftsmöglichkeiten — Holzbaracken, Sommerwohnungen und Lehmhütten — ein wesentlicher Prozentsatz als hygienisch und technisch unbewohnbar bezeichnet werden muß.

Der neue Wohlfahrtsminister muß die schwierige Aufgabe lösen, binnen kurzer Zeit etwa drei Viertelmillion neue und dauerhafte Wohnungen zu schaffen. Diese Aufgabe ist weniger von organisatorisches und technisches als vielmehr ein volkswirtschaftliches Problem. Unter den Arbeitslosen befinden sich über hunderttausend Bauarbeiter, die jederzeit zur Verfügung stehen. Baumaterialien und Holz ist auch genügend vorhanden. Was fehlt, ist das Privatkapital, das bereit ist, Bauten zu finanzieren. Je nach ihrer politischen Einstellung führen die Unterhausfraktionen diese Stellungnahme des Kapitalmarktes auf verschiedene Gründe zurück. Die Konservativen und die Lloyd-George-Liberalen betrachten die Abneigung der Geldgeber, Bauten zu finanzieren, als eine unvermeidliche Kriegsfolge. Der im Kriege völlig abgewirtschaftete Kapitalbedarf der großen Selbstverwaltungsgebiete, der südamerikanischen Republiken, die sich in London fairer behandelt glauben als in New York, und der englischen Industriegesellschaften biete jedem Anlagesuchenden unendlich viel reizvollere Anlagemöglichkeiten als der Markt für Baukredite. Bis dieser Kapitalbedarf gedeckt sei, müsse versucht werden, durch Bauzuschüsse der Regierung die Bautätigkeit zu beleben.

Hier setzt nun die insbesondere von Philipp Snowden außerordentlich wirkungsvoll vorgetragene Kritik der Arbeiterpartei ein. Es wird die Frage aufgeworfen, warum das Bauen von Mietshäusern ein unvorteilhaftes Geschäft geworden sei. Die Arbeiterpartei beantwortet sie mit zwei Feststellungen.

a) Die Kosten eines Neubaues sind trotz der niedrigen Löhne der Bauarbeiter heute in England höher als der allgemeine Preisindex — gemessen an Vorkriegspreisen —, weil Produzentenkartelle einem natürlichen Preisabbau für Baumaterialien erfolgreich entgegenarbeiten.

b) Da die Kosten eines Neubaues gegenüber dem Preisindex zu hoch sind, müßte der Arbeiter und der kleine Angestellte aus einem Gehalt, das durch den drastischen Lohnabbau der letzten Jahre zu tief gedrückt ist, einen unerschwinglich großen Anteil für Miete ausgeben, wenn das heute benötigte Baukapital nur eine angemessene Verzinsung finden soll.

Snowden berechnet, daß, zu den heutigen Baukosten berechnet, jede neu erbaute Arbeiterwohnung ohne Steuern dem Wirt an reiner Miete jahr Schilling die Woche einbringen müsse. Dieser Betrag stellt aber ein Viertel bis ein Drittel des durchschnittlichen englischen Wochenlohnes dar. Für die Arbeiterpartei gibt es daher nur zwei Rezepte: Staatssubventionen für den Bau der Häuser und Preisregelung auf dem Baumaterialienmarkt.

Nach dem, was über die Grundlinien des Chamberlainschen Entwurfes bekannt geworden ist, beabsichtigt die Regierung,

den ersten Vorschlag in beschränktem Umfange durchzuführen. Der zweite Vorschlag dürfte dagegen bei der außerordentlich tief wurzelnden Abneigung des Engländers gegen alle Maßnahmen, die nach Kriegswirtschaft schmecken, kaum zur Durchführung gelangen.

Die „Daily News" wollen erfahren haben, daß der Anfang nächster Woche im Unterhaus einzubringende Gesetzentwurf für jedes neuzuerbauende kleine Arbeiterhaus — meist bestehend aus zwei Zimmern und Küche — einen auf zwanzig Jahre zahlbaren Zuschuß zu den Bauzinsen in Höhe von sechs Pfund jährlich oder einen einmaligen Zuschuß zu den Baukosten im Betrage von 120 Pfund vorsieht. Derartige Kleinhäuser sollen außerdem in den nächsten Jahren in eine niedrigere Steuerklasse der Gebäudesteuern der Gemeinden eingereiht werden. Endlich soll es den Gemeinden erleichtert werden, soweit sie dazu finanziell in der Lage sind, Einwohnern die bereit sind, aus eigenen Mitteln sich ein Haus zum Zweck des Selbstbewohnens zu bauen, im erweiterten Umfange Zuschüsse aus Gemeindemitteln zu leisten.

Wohnungszuweisungen und Unkündbarkeit von Mietverträgen aus der Vorkriegszeit gibt es nicht. Der einzige Ueberrest der Kriegswirtschaft besteht in einer Reihe von Bestimmungen, die den Wirt daran verhindern, die Mieten beliebig zu steigern.

Dr. W. H. Edwards.

## Regierungsniederlage im Unterhaus.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 11. April.

**Gestern in später Abendstunde hat die Regierung im Unterhaus auf Grund einer anscheinend sorgfältig von der Opposition vorbereiteten Abstimmung eine Niederlage erlitten.**

Während die Einzeltücher der Regierung den Unionisten, soweit diese sich während der Abendstunde aus dem Unterhaus entfernt hatten, den Auftrag erteilt hatten, sich bis 10 Uhr für eine Abstimmung im Unterhaus bereitzuhalten, wurde die Aussprache über die ungenügende Entlohnung ehemaliger Kriegsteilnehmer, die im Regierungsdienst angestellt worden waren, bereits kurz vor 9½ Uhr geschlossen und eine der Regierung ungünstige Abstimmung herbeigeführt. Mit 145 gegen 138 Stimmen beschloß das Unterhaus, nicht in die Kommissionsberatung der Budgetabschnitte einzutreten. Freilich handelt es sich nur um ein zufälliges Abstimmungsergebnis; das geht daraus hervor, daß die Regierungspartei bei einer Gesamtzahl von 615 Mitgliedern im Unterhaus über 345 verfügt, so daß gestern abend bei der Abstimmung nur 46 v. H. der Mitglieder und auch nur 40 v. H. der Mehrheitspartei anwesend waren.

Die der Regierung nahestehenden Blätter betonen, daß das Abstimmungsergebnis in der Form eines ausführlich beantragten Vertrauensvotums für die Regierung heute rückgängig gemacht werden wird, sie weisen aber zugleich darauf hin, daß die Mitglieder der Regierungspartei dieses Ergebnis einer außerordentlich geschickten Taktik nicht genügend ernst genommen haben. Die liberalen Blätter betrachten die Abstimmung als ein Zeichen dafür, daß die Anhänger der Regierung nicht bereit sind, der Regierung jedes Opfer an Zeit und Mitarbeit zu bringen, das erforderlich ist, um in edem Augenblick einer wachsamen Opposition entgegentreten zu können. Es sei in diesem Zusammenhange daran erinnert, daß bereits vor einigen Tagen die Londoner Presse die Regierung aufgefordert hat, dafür Sorge zu tragen, daß das Parlament nach den Osterferien mit einer klar gefaßten und entschiedenen Politik der Opposition gegenübertrete.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Erfahrungen des gestrigen Abends zu einer — wenn auch nicht sofortigen — Umbildung der Regierung durch Einbeziehung des Lord Cecil oder Chamberlain geführten Flügels der Unionisten Veranlassung geben wird.

# Cunos Verhandlungsbereitschaft.

## Das Pariser Echo.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 11. April.

**Die Stelle der gestrigen Kanzlerrede, in der Cuno betont hat, daß Deutschland bereit sei, sich in freien Verhandlungen ohne Zwang auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit Frankreich auseinanderzusetzen, findet hier lebhafte Beachtung. Das Interesse dafür ist gesteigert worden durch Meldungen der französischen Berichterstatter in Berlin, nach denen dieser Satz nachträglich nach reiflicher Ueberlegung in den amtlichen Wortlaut der Rede Cunos eingesetzt worde.**

Die vom Quai d'Orsay informierten französischen Pressevertreter haben gestern abend spät an zuständiger Stelle angefragt, wie die Erklärungen Cunos vom Ministerium des Aeußern beurteilt werden. Sie erhielten die Antwort, daß der authentische Text der Rede abgewartet werden müsse. Man erklärte ihnen weiter, daß von deutscher Seite bisher „kein ernster Versuch" unternommen worden sei, durch Verhandlungen den Abschluß der Ruhraktion herbeizuführen, und daß die von Cuno geforderten Verhandlungen **auf dem Fuße der Gleichberechtigung nach französischer Auffassung nicht möglich seien, weil man kein Vertrauen zu der deutschen Regierung haben könne.** Cunos Versicherung, daß Deutschland ernste Vorschläge für Reparationen und Sicherheit gemacht habe, sei „leider" unrichtig.

Diese schroffe Erklärung ändert nichts an der Tatsache, daß in ernsthaften politischen Kreisen Frankreichs kein Mensch wirklich daran zweifelt, daß das Reparationsproblem und die Sicherheitsfrage nur durch freie Verhandlung mit Deutschland befriedigend gelöst werden können.

Die meisten Morgenblätter verzichten noch auf Kommentierung der Rede Cunos. Die Aeußerungen des Kanzlers werden besonders im linksdemokratischen „Oeuvre" als ein weiterer Schritt nach vorn auf dem Wege zur Entspannung hervorgehoben.

„Homme Libre" findet die Aeußerungen Cunos über Deutschlands Verständigungsbereitschaft „zu unbestimmt", als daß man ihnen große Bedeutung beimessen könnte. Auffallend ist, daß die Erklärungen des Kanzlers äußerst starke Ablehnung in den beiden Blättern finden. Die man allgemeinen die deutsche Politik ruhiger beurteilen, nämlich im „Gaulois" und im „Figaro". Allem Anschein nach sind die Ausführungen dieser beiden Blätter durch innerpolitische Erwägungen zu erklären. Es ist offenbar kein Freundeswort, den sie Poincaré erteilen, wenn sie von ihm verlangen, daß er die Kanzlerrede durch doppelte Befürwortung einer Gewaltpolitik beantworten solle.

## Vor einer Erklärung Poincarés.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 11. April.

Am nächsten Sonntag wird sich Poincaré, begleitet von dem Marineminister Raiberti, nach Dünkirchen begeben, um der Einweihung eines Denkmals beizuwohnen. Bei dieser Gelegenheit wird er eine Rede halten, in der, wie Marcel Hutin ankündigt, die öffentliche Meinung über die Absichten Frankreichs Deutschland gegenüber in feierlicher Weise aufklären will. Das, was den Worten Poincarés besonderes Bedeutung geben werde, sei der Umstand, daß er an den vorhergehenden Tagen eingehend mit dem belgischen Ministerpräsidenten und dem belgischen Minister des Aeußern verhandelt haben werde. Hutin weiß auch schon haarklein, was Poincaré sagen wird. Er wird „vor den Toten von Dünkirchen" erneut erklären: **„Wir wollen keine Reduzierung der deutschen Schulden und werden die Ruhr nur nach vollkommener Zahlung der Reparationen räumen. Alles, was wir zugestehen können, ist die Annullierung der Bonds C als Kompensation der Summen, die wir England und Amerika schulden." Wenn das schon feststeht, können ja Theunis und Zaspar zu Hause bleiben.**

*

**Präsident Millerand wird, wie aus Paris gemeldet wird, am 30. Mai und 1. Juni Elsaß-Lothringen besuchen.** Den Anlaß hierzu bietet die Einweihung der Pasteur-Ausstellung in Straßburg, wo Millerand zu gleicher Zeit mit Poincaré anwesend sein wird. Außerdem werden die Städte Altkirch, Mühlhausen, Kolmar und Schlettstadt besucht werden.

## Englische Erwartungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 11. April.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" beschäftigt sich heute eingehend mit der Stellungnahme der deutschen Regierung und der Parteien des Reichstages zum Reparationsproblem. In einer Erörterung der Vorschläge von Dr. Stresemann setzt der sehr gut unterrichtete Berichterstatter auseinander, daß sie in der in der „Vossischen Zeitung" auseinandergesetzten Form „noch nicht als annehmbar" zu bezeichnen seien. Belgien und Italien würden nicht bereit sein, auf ihren Anteil in der Höhe von 5 und 4 Milliarden Goldmark, die ihnen nach dem Teilungsabkommen von Spa aus den von den Alliierten zu erhaltenden 50 Milliarden Goldmark aufstehen, zu verzichten. Ein deutscher Vorschlag, der den Alliierten für die Erörterung geeignet erscheinen würde, müsse also zweifellos über 30 Milliarden wesentlich hinausgehen."

Der Pariser Berichterstatter der „Times" meldet, daß General Spears seinen Entmilitarisierungsplan zurzeit in Paris mit den führenden Militärsachverständigen Frankreichs durchberate. Er habe, wie er dem „Times"-Korrespondenten erklärte, gerade in militärischen Kreisen Frankreichs weitgehende Zustimmung gefunden, da man dort die Möglichkeit einer zeitlich unabhängigen Besetzung deutschen Gebietes mit großen Bedenken gegenüberstehe. Der englische Journalist weist in seinen weiteren Ausführungen darauf hin, daß de. englische Plan besonders geeignet sei, in Paris den Absichten Dortens, der zurzeit dort für die Abtrennung des gesamten Westdeutschlands vom Reiche agitiere, wirksam entgegenzutreten. Der englische Plan hält unter allen Umständen den Gesichtspunkt fest, daß die Souveränität und die Wirtschaftseinheit Deutschlands nicht beeinträchtigt werden darf.

## Bruch zwischen London und Moskau?

**London**, 11. April.

„Daily Mail" berichtet, die bolschewistische Regierung habe eine zweite Note an den Leiter der britischen Mission in Moskau in Erwiderung der britischen Proteste gegen die Verfolgung der Kirche durch die Bolschewisten gesandt. Diese zweite Note sei ebenso wie die erste, die der britische Vertreter zurückgewiesen hatte, einer offiziellen Uebermittelung nach London unwürdig. Es sei gestern mitgeteilt worden, daß die Lage zwischen den beiden Regierungen sich nicht gebessert habe und nicht einmal Rationäl geblieben sei. Die verlautet, werde die Abberufung der britischen Handelsmission sowie die Ausweisung der Sowjet-Handelsabordnung in England erwogen.

**Schweizer Auswanderungsförderung.**

Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, die Summe von 500 000 Franken zur Förderung der Auswanderung zur Verfügung zu stellen.

# „Das Krokodil."

Kammerspiele.

Der für Berlin neue Schwank von Karl Strecker „Das Krokodil", der gestern zum erstenmal im Kammerspielhause des Deutschen Theaters gegeben wurde, trug einen ausgesprochenen Heiterkeitserfolg davon. Der vorteilhaft bekannte Verfasser bewährt auch in dieser leck erfundenen Schnurre die Schärfe des Kritikerblicks, indem er das heuchlerische Behagen und die Protektionswirtschaft einer kleinpfäbtlichen Honoratiorenwelt in holzschnittartigen satirischen Strichen zeichnet; der Schwerpunkt des Stückes aber liegt in einer tollen Verwicklung, die die ironisch-romantischen Voraussetzungen des Fridschen „Gerächers" in hans karikierte Philistermilieu der Gegenwart überträgt.

Ein Einbrecher außer Diensten hat es als „Direktor" und Bürgermeisterdamp zu einer angesehenen Stellung gebracht und wird von den Würdenträgern seiner Gesellschaft besonders wegen seiner gutgläubigen Rechtschaffenheit, die sich vor der Verderbnis der böser Welt keine Vorstellung machen kann, geschätzt. Dieser Ehrenmann, dem Viktor Schwanneke das richtige Pallimpest-Gesicht gibt, das aus der geduckten Harmlosigkeit im rechten Moment den Galgenvogel hervorschimmern läßt, wird von einem alten Kollegen heimgesucht, der ihn durch sanfte, aber wohlbewaffnete Erpressung dazu zwingt, beim Stehlen und Hehlen erneuerte Dienste zu leisten. Die Gattin des „nobilitierten" Lumpen — eine romantisch aufgelegte „Amoureuse", für deren ungeduldige Unarmungen Hertha Ruß ein gemütlich-Maß komischer Lust aufbringt, hält es mit einem moralischen Einbrecher, einem Kriminalkommissar, von dem sie sich entführen lassen will, und dieser Diener der Gerechtigkeit, der zugleich den gastierenden Dieb entdecken und die galante Frau stehlen möchte, gelangt in seinem Doppelleben dazu, dem Spitzbubenpaar Handlangerdienste zu leisten. Viberpels-Humor lächelt auf die Szene herab, in der er das Hauptobjekt des Diebstahls, ein wohlgefülltes Köffercchen aus Krokodilleder, dem Einbrecher zur Besorgung auf den Bahnhof übergibt. Die Komik des flotten Scherzes gipfelt im zweiten Akte; der setzte leidet an Ueberspinnung des schon stark abgenutzten Motivs; aber lustige satirische Episoden lassen den Erfolg nicht finden.

Schauspielerisch war Paul Graetz eine entschiedende Stütze des Schwanks. Der „schwere Kerl", der er auf die Szene stellte, ist eine prächtige Studie des jungen Charakterkomikers, edt in Maske und Habitus, köstlich im Ton des naiven Zynismus, in der auf alle Fälle gefaßten Frechheit, humorvoll „fachlich" von dem Moment, in dem der Spitzbube mit dem Ausdruck sanfter Selbstverständlichkeit die Kollegenhilfe beanspruscht, bis zu dem schlau tückenden Triumph, mit dem er schließlich das „Krokodil" davonträgt. Graetz hatte starken Anteil an dem Beifall, für den im Namen des leider erkrankten Autors Spielleiter Papst dem applaudierenden Publikum den Dank aussprach.

A. K.

---

**Helene von Mühlau †.** Die Romanschriftstellerin Helene von Mühlau, die unter dem Namen Mühlau schrieb, ist nach längerem Kranksein in Berlin gestorben. Eine Nichtkünstlerin, die Witwe eines Offiziers, hat sie mit dem Bekenntnisbuch „Die Beichte einer reinen Tochter" debütiert, mit dem Roman „Das Witwenhaus" ihren stärksten Erfolg beim Publikum gefunden. Die Kenntnis der südamerikanischen Länder, die sie als Gattin eines preußischen Infanteriers in Chile besucht hatte, lieh ihrer Erzählungskunst reiche Farben.

**Die Streitfragen am Deutschen Opernhaus.** Nicht mehr der Protest des Intendanten Georg Hartmann gegen seine Absetzung, sondern die zwischen der Aktiengesellschaft „Deutsches Opernhaus" und der Stadtgemeinde Charlottenburg hervorgetretenen Differenzen stehen jetzt zur Diskussion. Denn während Hartmann vorläufig noch keine gerichtliche Klage eingereicht hat und die Aktiengesellschaft mit ihm einen Vergleich auf wirtschaftlicher Grundlage einzuleiten bereit ist, stellt sich die Stadt Charlottenburg durch ihren Einspruch gegen die Umgestaltung des Betriebes hinter die Forderungen Hartmanns. Außerdem hat sie jetzt die Leitung des Opernhauses aufgefordert, die jedesmal angesetzten Eintrittspreise der Gemeinde zur Genehmigung vorzulegen. — Die Aktiengesellschaft hat beim Landgericht I gegen die Stadtgemeinde Charlottenburg eine Feststellungsklage eingereicht. Darin sieht sie in dem mit der Stadt bestehenden Vertrage die Gültigkeit desjenigen Paragraphen an, durch den der Stadt die entscheidenden Bestimmungen, das Eignungs- und Einspruchsrecht betreffend, eingeräumt sind.

**„Doßler."** Unser Königsberger Vertreter schreibt uns: Was man nicht definieren kann, das zeigt man als Grotesk an, dachte der jugendliche Schriftsteller Fritz Gottwald und versuchte, eine solche für die Schaubühne zu erfinnen. Bei dem Unterfangen, die Beweisführung zu wagen, daß die Dollarnote der Vielzuviel Herrgott sei, erging es ihm wie einem Weltläufer, der anfangs zu scharf einsetzte, besten Lungen aber auf weite Strecken der verlangten Leistung nicht gewachsen sind. Es kam ihm zu Sinn, das politische Weltbild der Gegenwart und die feelische Einstellung valutanarmer Volksgenossen osteuropäischer Nationalität im Dollarschein zu spiegeln. Der Handelskönig Moring überschwemmt mit märchenhaftem Reichtum ein notgedrungenes Land, wofür seine Tochter als Entgelt mit Menschenschicksalen und knotenwichtigen Umwälzungen sich einen „unterhaltsamen" Zeitvertreib schafft. Die Gier subalterner Seelen nach Geld und Rang wird mit schwachem Witz vorgetragen und ohne gutherzigen Erbarmen entschleiert, indes die handelnden Personen auf dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten etwa so vielzugroßhirt sind, wie sie sich der kleine Moritz vorstellt. Der Autor bedankte sich bei den Darstellern für fleißige Mühewaltung und beim Publikum für gedulbiges Wohlwollen.

P. St.

# Giroflé aus Moskau.

„Die Zwillingsschwestern" im Deutschen Theater.

Wenn die Phädra von morgen heute die Doppelpartie in Lecocqs „Giroflé-Girofla" singt, so darf die Schauspielkritik auch ein Wort bei der Operette mitreden. Denn als Giroflé-Girofla" entpuppten sich die „Zwillingsschwestern" auf dem Theaterzettel der Moskauer, wie in der nächsten Woche unter Moritz von Sachsens Maske die gute alte Adrienne Lecouvreur zum Vorschein kommen wird.

Alexander Tairoffs Theorie, in seinem Werk über das „Entfesselte Theater" nun auch deutschen Lesern zugänglich, stellt ins Zentrum der Bühne den „Meisterschauspieler". Das ist der Darsteller, der die Aufgaben des Dramas, des Balletts, der Operette mit gleicher Fertigkeit bewältigt. Nach drei Abenden darf nun gesagt werden, daß der Moskauer Truppe nichts anderes fehlt als gerade dieser Meisterschauspieler. Wer früher das Theater des Auslandes mit unserer Bühne vergleichen konnte, hat ja überall dasselbe erlebt. Denn in der Fremde, in England etwa, haben wir gewöhnlich auf der Szene keinen überwältigenden, aber auch keinen schlechten Darsteller gefunden. Dieses Niveau des Ganzen, bis zum letzten Choristen, muß auch bei Tairoff für das Ausbleiben der Gipfel entschädigen.

Vor allem entdeckt seine „Meisterschauspielerin" Alice Koonen. Wie sie das Kunststück fertig brachte, Wildes Salome langweilig zu machen, so verfuhr sie gestern in der Doppelrolle der Zwillingsschwestern der Uebermut. Tairoff sollte ihr weiterhin seine Bücher, aber nicht seine Bühne widmen.

Er selbst aber, der Spielleiter, interessiert von Abend zu Abend mehr. Seine Giroflé-Girofla ist lauter und deshalb ermüdender als die „Prinzessin Brambilla". Doch seine Phantasie, kurtig und seßpferchig in ihren Einfällen, verjüngt auch bei Lecocq die älteste Tradition der Operette. Sein Maler Jakulosff steckt die Leute in Kubismus, die unerkört witzig mit unserer heutigen Menschentracht spielen. Was wird aus Leim Leibe dieser geschmeidigen Chorherren unsere Fracktrawatte oder unser Zylinderhut Jakuloffs Szene fleht zurzeit aus, wie die Funkenstation eines Panzerschiffs. Aber in ihrer kahlen, himmelblauen Mitte wird öffnet sich plötzlich oben eine Luke, lenkt sich auf einmal unten eine Zugbrücke. Heraus quellen, strömen, zuckten Menschen, gleiten rot-weiße Signalstangen abwärts, klettern schmale Leitern in die Höhe, laden die Bühne gleichsam mit Lebensmut und Lebenslust. Wenn Giroflés Vater, dem Komiker Sorokloff, die Rampe durchaus keine Grenze für seine Späße bedeutet und wenn der Admiral auftritt, das Fernrohr als Mostock eingeklemmt, so gewinnt ein handfester Ruz zur Posse sein Recht.

# Berlins gefährdete Fleischversorgung.

## Die Möglichkeit der Einfuhr.

Die Fleischversorgung Berlins scheint in den letzten Tagen einer neuen Krise entgegenzugehen, die schon darin ihren Ausdruck findet, daß die Fleischpreise seit gestern und heute um 300 bis 500 Mark angezogen haben. Die Gründe für diese Aufwärtsbewegung sind hauptsächlich darin zu suchen, daß die Viehbelieferung äußerst knapp ist. Der deutsche Viehbestand ist von der Landwirtschaft mit vieler Mühe durch den Winter gebracht worden. Er ist verhältnismäßig groß, wenn auch die Tiere mager sind, und bietet somit gerade jetzt, wo man das Vieh auf die Weide treiben kann, eine ausgezeichnete Basis zur Schaffung eines großen und gut genährten Bestandes. Es ist psychologisch nur verständlich, wenn die Landwirte gerade in diesem Augenblick, wo sie über die größten Schwierigkeiten hinweg sind, so wenig wie möglich abschlachten. Mit dieser Erklärung der Sachlage sollen natürlich in keiner Weise all die vielen unlauteren Manipulationen, wie z. B. Zurückhaltung der Transporte zum Zwecke der Preissteigerung usw. beschönigt werden. Aber selbst wenn es der Wucherpolizei gelänge, alle diese Auswüchse zu beseitigen, so würde das doch nur lokale und vorübergehende Erleichterungen bringen, die an der Gesamtlage, wie sie sich aus den erwähnten wirtschaftlichen Voraussetzungen ergibt, nichts ändern können.

Man hat nun versucht, durch **Vieh- und Fleischimport die Knappheit** zu beseitigen, doch sind die Schwierigkeiten gerade hier sehr groß. Wie wir bereits mitteilten, ist uns Gratisvieh aus Argentinien angeboten worden, für das wir nur die Transportkosten zu zahlen brauchen. Der Ueberfluß ist dort bereits so angewachsen, daß man Tausende in großen Massen tötet, weil man nicht mehr die Möglichkeit hat, es aufzuziehen. Die Farmer drüben werden nämlich durch die großen Gefrierfleischtruste so im Preise gedrückt, daß sie sich nur durch die „Vernappung" ihres eigenen Marktes, d. h. durch Tötung des Viehes, oder durch Verschenken noch außerhalb Luft schaffen können.

Leider waren in der Zeit des Marktsturzes die Transportkosten so hoch, daß wir sie nicht bezahlen konnten. Jetzt, wo wir eher dazu in der Lage wären, ist die Jahreszeit bereits so weit fortgeschritten, daß der Antransport lebenden Viehs kaum noch möglich erscheint und wir das Gratisfleisch nur noch in gefrorener Form bekommen können. Bei der bekannten Abneigung des Publikums gegen das Gefrierfleisch dürfte kaum irgendeine Wirtschaftsgruppe das Risiko der auch jetzt noch außerordentlich hohen Transportkosten auf sich nehmen.

Wir könnten auch aus Ungarn Vieh importieren. Die Bestände dort sind sehr groß und lassen einen Export wohl zu. Aber die ungarische Regierung hat ein Ausfuhrverbot erlassen, um Preissteigerungen im Inland zu vermeiden. Es käme auch ein Import aus Schweden in Frage, aber auch Schweden hat ein Ausfuhrverbot, und zwar gerade für fette Schweine, die wir hauptsächlich brauchen könnten, erlassen. Bleibt also Dänemark. Der Import aus Dänemark würde leider keine Verbilligung bedeuten. Außerdem spielt bei allen diesen Dingen die Devisenfrage eine große Rolle. Im Moment der Marktsättigung könnten wir unsere Währung nicht mit allzu großen Devisenkäufen belasten.

Es wäre überhaupt volkswirtschaftlich viel richtiger, die Devisen für die Anschaffung von Kraftfutter, Heu und Stroh zu verwenden. Dänemark hat durch die Verwendung der schönen fetten Oelkuchen, die auch wir im Frieden verfütterten, seinen Viehbestand innerhalb eines Jahres auf eine außerordentliche Höhe heraufgewirtschaftet. Mit einem Fünftel der Devisen, die wir für den Fleischimport brauchten, könnten wir — allerdings erst innerhalb einiger Zeit — unseren Viehbestand um dieselbe Menge vermehren. Auch Heu und Stroh müßten beschafft werden. Wie weit der Mangel an Heu und Stroh bei uns bereits gediehen ist, kann man daraus ersehen, daß wir in letzter Zeit nicht nur aus Schweden und Dänemark, sondern sogar aus Marokko Heu und Stroh importiert haben.

Die Hauptschwierigkeit liegt hier in der technischen Seite der Finanzierung. Wenn man zur Finanzierung großer Kraftfutterkäufe die Devisenkasse in Anspruch nehmen müßte, so würde das die Beschaffung außerordentlich verteuern. Es müßte also eine große Aktion aus Staatsmitteln unternommen werden. Aber auch hier tauchen wieder Schwierigkeiten auf. In den Zeiten der Zwangswirtschaft konnte man die Verteilung der eingekauften Futtermengen verhältnismäßig sicher durchführen. Heute, wo die Zwangswirtschaft abgebaut ist, hat man gar keinen Ueberblick mehr, und man weiß nicht, ob die mit großem Geldaufwand angeschafften Futtermittel auch den richtigen Stellen zugute kommen.

Diese Schwierigkeiten müssen jedoch überwunden werden, es muß irgendeine Möglichkeit gefunden werden, um für den Augenblick die nötigen Fleischmengen, und vor allem aber für die Dauer das nötige Kraftfutter sowie Heu und Stroh einzuführen. Bz.

---

Nicht der Meisterschauspieler als Hofsänger Tatroffs Bühne, so elegant auch Nikolai Zereteli seinen Gigerl Maraschino schweben läßt. Aber in der Kunst, den Menschenkörper zu kleiden, zu biegen, zu lenken, einen Chor im Rhythmus des dramatischen Erlebens vibrieren zu lassen, mag Berlin weiter willig und aufmerksam die Moskauer Gäste bewundern. M. J.

*

Lecocq, dessen „Girofle-Girofla" gestern unter anderem Titel und mit neuen Librettisten (Argot und Abuesf anstatt den Banloo und de Leterrier des Originals) gegeben wurde, zählt zu den Klassikern der Operette, und an sich müßten natürlich erlesene Operettenkräfte für eine Musik so feinen Ranges eingesetzt werden. Hat man aber die Wohl zwischen Operettenfirmen, wie sie sich in Deutschland an Lecocqs „Angot" wiederholt erprobt haben und Schauspielern ohne zureichende Gesangstechnik, die aus dem Ganzen eine Farce machen, dann möchte diese zweite Sitzart als die sinnvollere und amüsantere vorzuziehen sein: „Dire une chanson" lagt der Français. So verlief Reinhardts erster „Orpheus" im Neuen Theater, so verlief auch die gestrige Vorstellung als Mimenspiel, der gesprochen, gespielt, getanzt, nicht gesungen wurde. Diese Aufführung, dirigiert von A. Medtner, setzte sich gegenüber der Lecocqschen Musik durchaus nicht immer ins Unrecht, im Gegenteil, auch der Kenner dieser so heiteren wie anspruchsvollen Partitur konnte sich des Abends freuen. —s.

---

**Satzungsänderungen des Bühnenvereins.** Für die 60. Generalversammlung des Bühnenvereins, die kommenden Sonnabend im Charlottenburger Schillersaal tagt, beantragt der Verwaltungsrat einige Satzungsänderungen; danach sollen, um nur die wichtigsten Neuerungen aufzuführen, Beschlüsse künftig auch „durch schriftliche Abstimmungen gefaßt werden" können und soll weiter der der Stimmverteilung zugrunde liegende Betrag auf vier Millionen Mark für eine Stimme erhöht werden.

**Kupferstich-Auktion.** Die Ausstellung einer kostbaren Kupferstichsammlung aus altem Leipziger Privatbesitz, die Anfang Mai von C. G. Boerner in Leipzig veranstaltet wird, findet Einzug bei Amsler u. Ruthardt von heute bis Freitag, 13. April, statt. Es handelt sich um alte Meister ersten Ranges und seltene Farbendrucke und Schwarz-Mal-Drucke des 18. Jahrhunderts.

**Aus den Theatern.** Im Lessing-Theater findet die Neuaufführung von Shakespeares Komödie „Wie es Euch gefällt" in der Inszenierung von Dieter Sarnowsky am Freitag, 20. d. M., statt. In den Hauptrollen wirken u. a. mit: Elisabeth Bergner, Renne Röttgen, Theodor Loos, Hans Junkermann, Ernst Karchow, Wilhelm Bendow, Julius C. Herrmann. Bühnenbilder und Kostüme nach Entwürfen von Karl Walser. Musik von Mozart.

In der Volksbühne beginnt am 1. Juli die zweimonatige Sommerspielzeit unter der Direktion von Heinrich Rest mit einer Altberliner Posse „Hopsentodt & Erben" von Willen, Musik von Michaelis. Am 1. August folgt ein Operngastspiel, das ausschließlich aus Spielopern bestehen und zuerst Puccinis „Madame Butterfly" bringen wird.

## Die Folter in Lettland.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Königsberg**, 11. April.

Durch Verfügung des lettländischen Innenministers sind der Kreischef von Bauske, Oberst Berkins, und sechs Angestellte der Kreispolizei aus dem Dienst entlassen worden, weil auf der Bauskes Kreispolizei bei Verhören die Folter angewandt wurde. Von Revisionsbeamten des Ministeriums wurde laut „Nigaer Rundschau" unter anderem festgestellt, daß ein Greis von 82 Jahren im Auszugzimmer des Kreischefgehilfen verhört und dabei derartig mißhandelt wurde, daß er während der Vernehmung starb. Die ärztliche Untersuchung stellte fest, daß dem alten Mann u. a. sieben Rippen gebrochen waren, so daß innere Verblutung zum Tode führte. Im vorigen Sommer wurde u. a. ein Untersuchungsgefangener in der Weise gefoltert, daß man ihn mit den Füßen gegen die Decke hißte und mit dem Kopf nach unten hängen ließ. Außer zahlreichen anderen Roheitsdelikten wurde festgestellt, daß die Kreisgewaltigen von Bauske recht „großzügig" mit Staatsmitteln umgingen. So hatte der Kreischef die Pflegerin seiner kranken Frau dadurch entlohnt, daß er sie als Telephonistin mit einem hohen Gehalt in seiner Kanzlei anstellte. Allerdings stellte er rund zwei Drittel ihres Monatsgehaltes „aus sozialen Gründen" in seine eigene Tasche. Auch sein Dienstmädchen und das Dienstpersonal des Kreischefgehilfen wurden nach ähnlichen praktischen Methoden entlohnt. Der Polizeichef und seine Folterknechte wurden jetzt den Gerichten übergeben.

**Der 50. Geburtstag des Oberbürgermeisters.** Oberbürgermeister Böß, der infolge der Beisetzungsfeierlichkeiten des früheren Bürgermeisters Dr. Reicke schon gestern nach Berlin zurückgekehrt ist, blieb dem Rathause heute noch fern, um sich allen Aufmerksamkeiten zu entziehen. Das Magistratskollegium hat es sich aber nicht nehmen lassen, dem Stadtoberhaupt heute früh ein Gratulationsschreiben mit einem schönen Blumenstrauß in die Privatwohnung zu schicken. Die Beamtenschaft wird dem Oberbürgermeister morgen durch eine Abordnung ihre Glückwünsche darbringen lassen. Sein Amtszimmer ist von der Gartenbauverwaltung durch immergrüne Pflanzen und frische Blumen reich dekoriert worden.

**Die neue Einkommensteuer.** Sieben Novellen und jetzt das Geldentwertungsgesetz haben zusammen mit den vielfach geänderten Tarifen und anderen Bestimmungen das unübersichtliche Gesetz völlig umgestaltet, so daß es für den Steuerpflichtigen nahezu zu unmöglich ist, festzustellen, ob diese oder jene Vorschrift, die vielleicht für seine Steuererklärung von größter Wichtigkeit ist, noch gilt. Der heute herausgegebene Ullsteindienst 91 r. 32 macht alles Einzelne unmöglich. Sämtliche Gesetze und Verordnungen Novellen des am 20. vorigen Monats veröffentlichten Geldentwertungsgesetzes sind in den Text des Hauptgesetzes hineingearbeitet, so daß der Steuerpflichtige sich mit Leichtigkeit über alle für ihn wichtigen Fragen unterrichten kann.

Als Ergänzung zu dem Gesetzestext enthält der Ullsteindienst beachtenswerte Winke für die Veranlagung, einen Ueberblick über die Aenderung der Tarife und die Ermäßigung der Steuerabzüge vom Arbeitslohn mit zahlreichen Beispielen. Auch die Steuer der Hausangestellten, ihr Verhältnis zur Kranken- und Invalidenversicherung ist durch Beispiele erläutert. — Preis dieses Ullsteindienstes 400 Mark im Straßenhandel und in allen Geschäftsstellen der „Vossischen Zeitung". Unter Streifband 450 Mark. Einzahlung auf Postscheckkonto 660 Berlin, Ullstein, Abonnement-Abteilung.

**40 v. H. Aufgeld für Sammlermarken.** Für den Verkauf der gültigen deutschen Postwertzeichen durch die Versandstelle für Sammlermarken beim Postrechnungsamt in Berlin sind neue Bestimmungen getroffen worden. Es wird jetzt ein Aufgeld erhoben, das bis zu 1000 M. Nennwert 400 M. beträgt, bis 2000 M. 800 M., bis 3000 M. 1200 M., bis 4000 M. 1600 M., bis 5000 M. 1800 M., bis 8000 M. 2500 M., bis 10 000 M. 3000 M., für je weitere, auch angefangene 10 000 M. 2500 M. Nach Danzig und Deutschösterreich werden 50 v. H., nach dem Ausland 100 v. H. aufgeschlagen. Porto wird nicht berechnet. Die Sendungen gehen unter Nachnahme. Eine Vorerinnerung des Betrages muß unterbleiben. Eine Abbuchung vom Postscheckkonto verzögert die Ausführung bis zu 14 Tagen. Das Abstempeln kostet für je fünf Marken die Freigebühr für einen einfachen inländischen Fernbrief. Ganzsachen werden nur ungestempelt abgegeben. Auch geschlossene Sätze mit Briefmarken, die durch Einstecken in Pergaminstreifen auf Steifpapier befestigt sind, werden nicht mehr hergestellt.

**Essener Arbeiter-Sänger in Berlin.** Der Sängerchor des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Essen wird auf Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 20. bis 23. April Berlin besuchen und in einer Reihe von Konzerten zum Besten des Deutschen Volksopfers an die Oeffentlichkeit treten. Dem 200 Mann starken Chor gehören im wesentlichen Krupsche Arbeiter an. Der Reichspräsident hat sich bereit erklärt, den Ehrenvorsitz der Veranstaltung zu übernehmen. Zu den Aufgaben des vorbereitenden Ausschusses gehört die Beschaffung von Quartieren für die Essener Gäste. An die Berliner ergeht hiermit die Bitte, den Essener Sängern für die Zeit von Freitag, dem 20. April, bis Montag, dem 23. April, Quartiere zu gewähren. Verpflegung (außer evtl. Morgenfrühstück) ist mit der Beherbergung nicht verbunden. Anmeldungen werden bis 16. April erbeten an Herrn Max Menzel, Berlin C 12, Oberwasserstraße 12.

**Das Telephon im fahrenden Zug.** Die Eisenbahnzug-Telephonie der funkentelegraphischen Gesellschaft Huth-Berlin wurde gestern den leitenden Persönlichkeiten des Reichsverkehrs- und des Reichspostministeriums in der Praxis auf der Strecke Berlin—Hamburg vorgeführt. Reichsverkehrsminister Groener und Reichspostminister Stingl mit den Herren ihrer Ministerien und der Eisenbahndirektion Altona begaben sich nach Wittenberge und erwarteten den aus Hamburg kommenden, mit Fugtelephonie ausgerüsteten D-Zug, mit dem sie nach Berlin zurückkehrten. Es wurden Gespräche mit dem Reichspräsidenten und dem Reichsfinanzminister, den Ministerien sowie mit einer Reihe anderer Persönlichkeiten geführt. Am eindrucksvollsten war die Tatsache, daß man mit jedem Telephonanschluß in Berlin während der Fahrt ebenso verbunden wird, als wenn man sich in Berlin selbst befindet ja daß der Angerufene nicht einmal bemerkt, daß er mit dem in voller Fahrt befindlichen D-Zug im Gespräch ist.

---

# Der städtische Milliarden-Etat.

Im Magistrat gab heute der Kämmerer den ersten Ueberblick über den Haushalt-Voranschlag für 1923, der am Sonnabend mit den Bezirks-Bürgermeistern in gemeinschaftlicher Sitzung beraten werden soll. Der Haushalt ist nach dem Stande vom 1. Oktober 1922 aufgestellt, d. h. Einnahmen und Ausgaben sind so eingestellt, wie sie bei den Gehältern jenes Tages und den damals geltenden Löhnen, Preisen, Steuern usw. angenommen werden konnten. Es versteht sich, daß auch diesmal die Ausgaben unbarmherzig auf die geringstmögliche Höhe herabgesetzt werden mußten.

Während 1922 der Haushalt noch mit rund 13 Milliarden Mark abschloß, steigt die Abschlußziffer nach dem Stande vom 1. Oktober 1922 auf 55 Milliarden, davon entfallen in der Ausgabe 25 Milliarden auf die Bezirke, 30 Milliarden auf die zentralen Verwaltungen. Unter diesen 30 Milliarden befinden sich 4,4 Milliarden für Verwaltungskosten, 8,3 Milliarden für zentrale Jugend-, Wohlfahrt- und Gesundheitspflege, 4,6 Milliarden für Kapital- und Schuldenverwaltung, 9,8 Milliarden für zentrale Gemeindebetriebe. Der Gesamtausgabe von 55,2 Milliarden steht eine Gesamteinnahme von 51 Milliarden gegenüber. Darin sind Steuern mit rund 11 Milliarden und die Ueberschüsse der zentralen Werke mit rund 2 Milliarden enthalten, ferner die verschiedenen Gebühren und die Besoldungszuschüsse. Die Deckung des Fehlbetrages von 4,2 Milliarden wird zum weitaus größten Teil aus den Einnahmen und Mehreinnahmen erwartet, welche die Gemeinden nach dem Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes erhalten sollen, namentlich aus der Erhöhung der Umsatzsteuer und der Steigerung des Gemeindeanteils auf 25 pCt., die mit 3 Milliarden veranschlagt ist. Das Bild ist unter der Voraussetzung schnellsten Zustandekommens des Finanzausgleichsgesetzes nicht so ungünstig, wie es erwartet worden ist.

Indessen liegt der gewählte Stichtag, der 1. Oktober 1922, am Anfang der ungeheuren Geldentwertungsperiode der letzten Monate. Seitdem haben sich alle Ausgaben vervielfacht, während die Einnahmen, insbesondere die Steuereinnahmen, sich der Geldentwertung nur langsam und unvollkommen angepaßt haben. Man rechnet nach dem Stande vom 1. April 1923 auf Grund vorläufiger Durchprüfung mit einer Steigerung der Ausgaben gegenüber dem 1. Oktober auf das Zwölf- bis Fünfzehnfache, während bei den allgemeinen Verwaltungseinnahmen nur eine Steigerung auf das Zehn- bis Zwölffache erwartet werden kann. Die der Geldentwertung unmittelbar sich anschließenden Steuern (Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Beherbergungssteuer, Vergnügungssteuer) werden nach dem Stande vom April etwa das Zwölffache des Oktoberstandes bringen. Dagegen bleiben die Steuern, welche nach den Vorjahr berechnet werden, namentlich die Gewerbesteuern, weit hinter der allgemeinen Steigerung zurück und werden von immer geringerem Einfluß auf den Gesamthaushalt. Diese verschiedene Entwicklung in den Ausgaben und den Einnahmen bringt den Haushalt 1923, der schließlich doch auf den Stand von April gebracht werden muß, in außerordentliche Not. Die gesamte Ausgabe schwillt nach dem heutigen Geldwert auf 547 Milliarden an, denen nur 517 Milliarden laufender Verwaltungseinnahmen gegenüberstehen.

**Großfeuer in der Potsdamer Straße.** Ein Großfeuer brach heute mittag in dem Hause Potsdamer Straße 12 aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache aus. Der Brand wurde zuerst in einem im dritten Stockwerk gelegenen Geschäftsbüro entdeckt, als er schon ziemlich ausgedehnt war. Dieser Feuerwehr, die sofort alarmiert wurde, zur Stelle war, hatte sich das Feuer, durch den Wind begünstigt, mit unheimlicher Schnelligkeit bis zum Dachgeschoß hinaus verbreitet. Die Löschtätigkeit mußte sich zunächst darauf beschränken, dafür zu sorgen, daß der Brand nicht auf das Nachbargebäude überfprang. Eine Stenotypistin, die in dem Büro in der dritten Etage beschäftigt war, konnte nur durch ein Sprungtuch noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Nach zweistündigem Löschen war das Feuer erstickt. Die Hälfte der dritten Etage und ein großer Teil des Dachstuhls sind vernichtet worden. Eine Untersuchung über die Ursache des Feuers ist in die Wege geleitet worden. Es scheint unvorsichtiges Hantieren mit Streichhölzern vorzuliegen.

**„Die Frau mit den Millionen."** Nunmehr hat man auch den dritten und letzten Teil dieses Reise- und Abenteuerfilms im U. T. Kurfürstendamm zu sehen bekommen. Er führt den Interteil „Kontrollmission Paris" und weist so ziemlich alle Vorzüge und Schwächen (I zu II) auf, vor allem die überdeutlichen Reminiszenzen an den Liebmann-Film „Der Mann ohne Nerven" (nicht zu verwechseln mit dem 1921 erschienenen gleichnamigen Roman von C. A. Bratter). Ellen Richter, Georg Alexander und Karl Huszar verhelfen dem Schlußteil des Films wie seinen Vorgängern zu einem starken Erfolg. Die Bilder sind wieder sehr ansprechend, das „Silberne" Willi Wolffs und K. Wergbach enthebt diesmal nicht einiger hübscher Pointen.

**Der freie Proletariatsmus.** Heute abend 8 Uhr wird Konsistorialrat Alfred Fischer in der Dorotheenkirche einen Vortrag über das Thema halten: „Warum brauchen wir gerade jetzt den freien Protestantismus?"

**Berliner Hausfrauenverein** (Eing Morgenstern). Heute abend 7 Uhr in der Kaiserliche, Breite Straße 6: Rezepte und Kostproben exprobiert, sparsamer Lebensmittel.

**Kindererholungsheim auf Helgoland.** Am 18. April eröffnet die gemeinnützige Wohlfahrtsgenossenschaft „Deutsche Volkserholungsheime" Berlin in der entsprechend hergerichteten Kaserne von Helgoland ein Kindererholungsheim für zunächst dreihundert Ruhrkinder. Die Kinder müssen mindestens Montagen Berlin. Am 23. April soll ein zweiter Transport folgen. Die Kur dauert bis zum 28. Mai. Es weit Raum zur Verfügung stehen, werden auch Kinder aus anderen Gegenden gegen monatliche Pension angenommen. Anfragen an die genannte Genossenschaft, Berlin C 2, Poststraße 10-11, werden gern beantwortet.

**Wetterverhältnisse für Berlin und Umgebung:** Mild und zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt bei mäßigen südwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Nordöstlich der Elbe nur vereinzelte geringe, weiter im Westen und Süden weiterbestehend, etwas stärkere Regenfälle.

STRICKWOLLE GARNE-TEXTILIEN
FABRIK EXPORT
GEBR. BARENTHOL
Filiale
Berlin C. 54, 55.
Weinmeisterstr. 14.
NORDHAUSEN A.H.
NUR EN6205

# Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

Beilage zu Nummer 170

Mit Kurszettel der Berliner Börse.

Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Reitzenhof-Friedenau.

Mittwoch, 11. April 1923, abends


## Verhinderte Doppelbesteuerung.

**Bezugsschein- und Ausgleichsverfahren bei der Luxussteuer.**

Das Geldentwertungsgesetz bestimmt, daß zuviel gezahlte Körperschaftssteuer binnen Monatsfrist zurückzuzahlen ist. Dadurch sucht man die Härten zu mildern, die bei der späteren Rückzahlung durch die Geldentwertung eintreten. Ähnlich anderem Wege versuchte man ähnliches bei der hohen Luxussteuer. Es wurden hier Bestimmungen getroffen, um Unbilligkeiten für den Fall zu vermeiden, daß durch das Nebeneinanderarbeiten mehrere Betriebe statt eines die Luxussteuer mehrfach gezahlt werden müßte. Statt der Rückerstattung wählt man in diesem Falle andere Verfahren vorbeugender Art, das Bezugsscheinverfahren und das Ausgleichsverfahren.

Das Bezugsscheinverfahren, das bereits seit längerer Zeit ausgeprobt ist, scheint in gewissem Umfange dem Bezugsscheinverfahren der Kriegszeit, wo die Händler Waren erwerben durften, wenn sie im Besitz einer Bescheinigung der Handelskammer waren. Jetzt ermöglicht der Bezugsschein den Erwerb an sich luxussteuerpflichtiger Gegenstände frei von der Luxussteuer. An die Stelle der Handelskammer ist der Fachverband getreten, der für seine Mitglieder eine Art Bürgschaft übernehmen muß. Mit dem Ausstellen des Bezugsscheins übernimmt er zwar keine zivilrechtliche Haftung für die Mitglieder, wohl aber erhält er diesen gegenüber gewisse Rechte auf Ueberwachung. Er ist zu Anzeigen von Zuwiderhandlungen verpflichtet und kann Verfahren stiften und feststellen. Die diese Strafen dem Fachverband und nicht dem Reiche zufließen, wird es Aufgabe der Oeffentlichkeit sein müssen, darauf zu achten, daß diese Fachverbände nicht ihre Macht dazu ausnutzen, sogenannte Außenseiter von der Vergünstigung des Bezugsscheinverfahrens fernzuhalten oder bestimmte Konkurrenten zu beseitigen. Ist einmal der Bezugsschein erteilt, so ist der Berechtigte bis zum Ablauf des Jahres im allgemeinen vor dieser Willkür geschützt. Denn eine Entziehung des Bezugsscheins darf nur in den seltenen Fällen erfolgen, in denen nach § 78 A. O. auch sonst ein Bescheid zurückgenommen werden könnte (vgl. RFH. V. A. 256/21). Dieses Bezugsscheinverfahren hat sich im allgemeinen praktisch bewährt. Es gilt jetzt für Verkäufe von Edelmetall an Zahnärzte und Dentisten, für Verkäufe von gefaßten Hohlgläsern, phosphatischen Erzeugnissen, Rauchwaren, Reich- und Schönheitsmitteln u. a. Für die weitere Ausgestaltung wäre es wünschenswert, wenn man davon Abstand nehmen würde, daß der Käufer bei jeder einzelnen Lieferung die Bescheinigung vorlegen muß, wie dies bisher auch bei laufender Geschäftsverbindung verlangt wird.

Neben diesem durch die Praxis bereits vorbereiteten Verfahren gibt es noch ein besonderes Ausgleichsverfahren. Es beruht auf dem Gedanken, daß der Lieferer eines luxussteuerpflichtigen Ganzfabrikates nicht für den vollen Kaufpreis Luxussteuer zahlen soll, wenn nicht das Ganzfabrikat, sondern nur ein Teil davon luxussteuerpflichtig ist. Da z. B. beim Verkauf eines Automobils auch die Karosserie luxussteuerpflichtig ist, scheidet man den Betrag der Karosserie aus dem luxussteuerpflichtigen Verkaufspreis aus, weil der Lieferer des Automobils bereits für die Karosserie die Luxussteuer bezahlt hat. Für die Arbeiten, die an der Karosserie vorgenommen wurden, gestattet man ebenfalls einen Abzug. Ähnlich wird bei der Lieferung von Automobilen besteht die Möglichkeit einer Doppelbesteuerung bei der Lieferung von Leder- und Polstermöbeln, Krafträdern, Wasserfahrzeugen und Flugzeugen. In allen diesen Fällen ist es gestattet, einen gewissen Prozentsatz zum Ausgleich abzusetzen, der nach Anhörung der Verbände der beteiligten Lieferanten vom Reichsfinanzminister bestimmt wird. Zu wünschen ist nur, daß die Festsetzung des Prozentsatzes, die durch den Finanzminister selbständig vorgenommen wird, frei von fiskalischen Härten bleibt.

Dr. A. Karger.

**Abschluß der Hirsch Kupferwerke.** Der Abschluß der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke, für das Geschäftsjahr 1922 weist einschließlich der Vortrages von 3 547 062 M. einen Betriebsüberschuß von 826 075 225 (1. V. 75 206 115) M. Die allgemeinen Geschäftsunkosten erforderten 891 679 459 (53 008 868) M., ordentliche und außerordentliche Abschreibungen 45 686 689 (5 672 406) Mark. Durch die dieserhalb Abschreibung bleiben lediglich bewertet Grundstücke 4 Mill. M. und, während alle übrigen Anlagewerte, die Gebäude und Maschinen auf je 1 M. abgeschrieben wurden. Es verbleibt danach ein Reingewinn von 188 759 076 (16 524 840) M., aus dem eine Dividende von 200 pCt. gleich 160 Mill. M. zur Ausschüttung gelangt; die Dividende entspricht einem Betrage von 0,4 Goldmark pro Aktie (1. V. wurden 15 pCt. verteilt).

**Mehr als die Zehnfache des Aktienkapitals als Reingewinn** weist die Firma Schubert & Salzer in Jahre 1922 auf. Der Reingewinn beläuft sich nämlich auf 259,77 Mill. M. bei einem Bruttoüberschuß von 270,23 Mill. M. Dabei sind sämtliche Anlagekonten, Grundstücke, Gebäude und Maschinen mit großen Zugängen erfolgt 1 Mark abgeschrieben. Die Dividende beträgt eine Goldmark = 5000 Papiermark (1. V. 500 Mark), was einem Betrage von 125 Mill. M. entspricht. Demnach ist von dem ausgewiesenen Reingewinn nicht ganz die Hälfte zur Dividendenzahlung verwendet worden. 48,33 Mill. M. werden einem besonderen Reservefonds zugewiesen, 80 Mill. M. für Pensions- und Unterstützungszwecke verwendet und 5 Mill. M. dem Arbeiterspezialfonds Fonds zugeführt. Danach verbleibt ein Vortrag auf neue Rechnung von annähernd 1 Mill. M. Das so günstige Ergebnis ist besonders starke Beschäftigung zurückzuführen. Das Unternehmen war das ganze Jahr hindurch für alle Abteilungen mit Aufträgen in so reichlichem Maße versehen, daß sich die Notwendigkeit ergab, eine Vergrößerung der Produktion, die allerdings hinter der Leistung der Vorkriegszeit noch immer nicht unerheblich zurückbleibt, in die Wege zu leiten. Diesen Bemühungen war allerdings nur zum teilweiser Erfolg beschieden, da die Kohlenknappheit ein nicht zu überwindendes Hindernis bildete. Immerhin ist es gelungen, die intensive Ausnutzung der technisch auf der Höhe gehaltenen Betriebseinrichtungen eine Mehrleistung gegen das Vorjahr zu erreichen. Demonstrativ wurden die Umsätze der Werke nach in Papiermark im Rissenhalte; sie stiegen von 281,7 Millionen auf 7,96 Milliarden Mark. Im Zusammenhang mit diesen Verhältnissen sind die Veränderungen der Bilanz zu beurteilen: Debitoren stiegen von 62,69 Mill. auf 2,61 Milliarden, Bestände von 58,55 auf 92,9 Millionen, Kreditoren von 67,57 Millionen auf 3,44 Milliarden. Auf der Aktivseite ist ein Rückgang bei den Wertpapieren und Beteiligungen zu bemerken, der von 56 auf 19,96 Mill. M. zurückgeführt wurde. Es bedeutet dies sich in der Hauptsache um Abtretung von unverzinslichen Reichsschatzanweisungen gehandelt haben. Wechselbestände erhöhten sich von 65,67 M. auf 96,99 Mill. M. Die offenen Rücklagen stehen in der Bilanz mit 5,84 Mill. M., werden sich aber durch die obenerwähnte Zuweisung auf 57,27 Mill. M. erhöhen, d. h. also in Zukunft mehr als das Doppelte des Aktienkapitals betragen.

**Proteste in der Stollwerck-Generalversammlung.** Die gestrige ao. G.-V. der Gebr. Stollwerck A.-G. beschloß gegen die Stimmen zweier Aktionäre die vorgeschlagenen Satzungsänderungen, insbesondere die Umwandlung der ursprünglichen Stammaktien, die Namensaktien sind, in Inhaberaktien. Die beiden protestierenden Aktionäre legten gegen die Kraftloserklärung der Vorzugsaktien Widerspruch zur Niederschrift u. Notars ein. Weiter beantragte einer dieser Aktionäre die Abberufung des gesamten Aufsichtsrates, da er nach deren Ansicht seine Pflichten bei Rückzahlung der Vorzugsaktien in größerer Weise verletzt habe, ein Antrag, der aber, da seine fristgemäße Einbringung verabsäumt wurde, nicht zur Abstimmung gelangen konnte.

## Der Dollar 21 142.

Nach den geringfügigen Umsätzen im Frühverkehr entwickelte sich während der amtlichen Notierung größeres Geschäft, da die anhaltende Nachfrage von Handel und Industrie nach ausländischen Zahlungsmitteln für Importzwecke erst dann zur Auswirkung kam. Der Dollar stellte sich amtlich auf 21 142½, und damit etwas über der gestrigen amtlichen Notierung. Dollarnoten, die im Vormittagsverkehr mit 21 150 etwa genannt wurden, stellten sich bei geringfügigen Umsätzen während der amtlichen Notierung auf etwa 21 250 à 21 275. Später war ein Briefkurs von 21 225 zu hören. Das englische Pfund stellte sich zur amtlichen Notiz auf etwa 98 225. Terminadvisen lagen etwas leichter. London per Ultimo April wurde mit 97 850, Ultimo Mai mit 104 500, Ultimo Juni mit 113 000 angeboten. Der Pariser und der belgische Franken zeigten auch heute eine feste Tendenz. London gegen Paris stellte sich auf 69¾, war aber per 8. Mai mit 70,20 angeboten.

In Ostdevisen war das Geschäft nicht bedeutend. Polnennoten stellten sich auf 49⅝ à 49¾, ebenso Auszahlung Warschau. Estnische Mark 61 à 63 und lettische Rubel 81 bis 83.

### Berliner amtliche Devisenkurse.

| Telegraph. Auszahlungen | Stückzinsen | 11. 4. Geld | 11. 4. Brief | 10. 4. Geld | 10. 4. Brief |
|---|---|---|---|---|---|
| Reichsbank-Diskont: 12% | | | | | |
| Holland . . . . . 1 Gulden | 5½ | 8239,25 | 8260,65 | 8239,25 | 8260,65 |
| Belgien . . . . . 1 Frank | 5½ | 1201,86 | 1203,02 | 1226,97 | 1233,03 |
| Christiania . . . . 1 Krone | 4 | 3780,52 | 3789,48 | 3753,01 | 3801,99 |
| Kopenhagen . . . . 1 Krone | 5 | 3969,97 | 4020,03 | 3997,48 | 4017,52 |
| Schweden . . . . . 1 Krone | 4½ | 5593,48 | 5621,52 | 5591,01 | 5608,99 |
| Helsingfors . . . . 1 fin. M. | 5 | 570,07 | 572,93 | 570,07 | 572,93 |
| Italien . . . . . 1 Lira | 5½ | 1050,12 | 1056,12 | 1046,12 | 1061,38 |
| London . . . . . 1 Lstr. | 3 | 97876,65 | 98370,35 | 97876,65 | 98370,35 |
| New York . . . . . 1 Dollar | 4½ | 21089,84 | 21195,36 | 21087,12 | 21202,88 |
| Paris . . . . . 1 Frank | 5 | 1398,99 | 1406,01 | 1422,98 | 1431,07 |
| Schweiz . . . . . 1 Frank | 5 | 3946,35 | 3966,65 | 3850,85 | 3859,65 |
| Spanien . . . . . 1 Peseta | 5 | 3219,93 | 3236,07 | 3219,93 | 3236,07 |
| Deutsch-Oesterr. abg. 100 Kronen | 5 | 29,92 | 29,78 | 29,87 | 29,73 |
| Prag . . . . . 1 Krone | 5½ | 627,91 | 631,08 | 629,42 | 632,58 |
| Budapest . . . . . 1 Krone | 5 | 8,60 | 8,70 | 8,72 | 8,76 |
| Buenos Aires . . . . 1 Paperpeso | — | 7698,20 | 7736,80 | 7698,20 | 7736,80 |
| Bulgarien . . . . . 1 Leva | 6½ | 160,64 | 162,56 | 158,80 | 159,40 |
| Japan . . . . . 1 Yen | 4 | 9978,06 | 10028,94 | 9975,06 | 10025,94 |
| Rio de Janeiro . . . . 1 Milreis | — | 2244,37 | 2253,63 | 2259,31 | 2280,69 |
| Jugoslawien . . . . 1 Dinar | — | 212,96 | 214,04 | 209,22 | 210,28 |

## Ausländische Devisennotierungen.

**Zürich,** 11. April. (Sonderkurzdienst der „Vossischen Zeitung".) Anfangskurse: Berlin 0,0259—0,0261, Amsterdam 214¾ bis 214¾, Wien 0,00540—0,00550, London 2548—2552¼, Paris 3610—3625, New York 5,47¼—5,48¼.

**Amsterdam,** 11. April. (Sonderkurzdienst der Vossischen Zeitung.) Anfangskurse: Berlin 0,012094—0,01211, Zürich 4670 B, Wien 0,008576, London 118934, Paris 1695 G, New York 255¼ G, Stockholm 68 B.

**Stockholm,** 11. April. (Sonderkurzdienst der „Vossischen Zeitung".) Anfangskurse: Berlin 0,0023—0,0179, Amsterdam 147,30—147,50, Zürich 6360—6690, London 1750—1762, Paris 248/4—26, New York 376—376¼.

*

## Effekten weiter gefragt.

Im Effektenverkehr von Büro zu Büro ist das Geschäft nur sehr gering. Das Privatpublikum hat bisher bei weitem wenig Neigung gezeigt, neue Engagements einzugehen. Der Ordereingang bei den Banken hat daher bisher keinen besonderen Umfang angenommen. Dagegen zeigte sich von seiten der Börsenspekulation teilweise regeres Interesse für die schon in den letzten Tagen besonders bevorzugten Spezialgebiete bzw. Werte. Soweit sich übersehen läßt, scheint die Tendenz allgemein fest zu sein. Im Brennpunkt des Interesses stehen weiterhin Bankenwerte, von denen Deutsche und Diskonto-Kommandit eine Steigerung haben, während österreichische Banken sind weiterhin gefragt. Von Montanwerten sind Harpener und Phoenix auf das Dementi eher schwächer, dagegen Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg gesucht.

### Hamburger Börse.

Bei unveränderten Devisen war die Tendenz im freien Verkehr auf einigen Spezialgebieten anfeerordentlich fest. Besonders gesucht waren Bankwerte und von lokalen Industriepapieren Winter Papier und Anglo Guano.

**Der deutsche Bergbau im März.** Der oberschlesische Steinkohlenbergbau war im Berichtsmonat schwerer Erschütterungen ausgesetzt. Ein Streik dauerte vom 5. bis 24. März. Am Montag, den 26. März, sind die Belegschaften aller Werke wieder voll eingefahren. Der durch den Streik verursachte Förderausfall beträgt rund 58 000 To. In den letzten Tagen des März hat die arbeitsgliche Förderung tatsächlich zugenommen. Die Steinkohlenbergbau hielten sich etwa auf derselben Basis wie im Vormonat. Der Absatz ließ außerordentlich nach. Die Wagengestellung war gut. Im niedersächsischen Steinkohlenbergbau wird nach übereinstimmender Meldung die arbeitsgliche Förderung der Berichtsmonat der derjenigen des Vorjahrs bruar etwa entsprechen. Bei der Koks- und Brikettersegung dürfte die Durchschnittsziffer der Vormonate im allgemeinen erreicht werden. Der Absatz gestaltete sich besonders in Koks sehr flott. Die sächsische Steinkohlenförderung war allgemein regelmäßig. Die Wagengestellung war befriedigend. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat der Rohkohlenabsatz nachgelassen, während die Brikett- und Grudekokserzeugung zur Deckung des Bedarfs kaum ausreicht. Die Einsatzeingruben des Siegerlandes konnten durch den Bezug ausländischer Brennstoffe ihre Betriebe aufrecht erhalten; der Versand aus den Revieren Rheinland/Westfalen wurde jedoch infolge der Eisenbahnsperre weiterhin stark verringert. Den Siegerländer Hütten war es daher möglich, ihre fest aufgezehrten Eisensteinbestände wieder auszufüllen. Im Lahn- und Dillgebiet stand der Eisensteinmarkt während des März unter dem Einfluß der französischen Ruhrbesetzung; Verladungen nach dem besetzten Gebiet konnten nur in beschränktem Maße stattfinden. Auch der Versand nach Oberschlesien fällt für eine Reihe von Empfangsstationen unter der Verkehrssperre.

**Drahtloser Ueberseeverkehr A.-G. in Berlin.** Bei der Gesellschaft steht, wie wir aus Verwaltungskreisen hören, eine große Kapitaltransaktion unmittelbar bevor. Man spricht von einem Bezugsrecht von 1 zu 1 zum Kurse von 1000 pCt.

**Preisermäßigung für Superphosphat zur Frühjahrsbestellung.** Die Preise für Superphosphat sind besonders deshalb so hoch gestiegen, weil die Rohstoffe dafür vom Ausland bezogen und daher in ausländischer Währung bezahlt werden müssen. Die Superphosphat-Industrie hat der Senkung des Dollars sofort Rechnung getragen und ihre Preise bisher fortlaufend entsprechend geändert. Um weitere Preiserhöhungen für die Frühjahrsbestellung auszuschalten, hat sich die Industrie entschlossen, ohnehin zurzeit eine Veränderung der Gestehungskosten nachgewiesenermaßen nicht eingetreten ist, über die bisherigen Preisnotierungen hinaus ab 13. April eine besondere Preisermäßigung auf 2600 M. für 1 Zentner Superphosphat zu verzichten, die bis zum 13. Mai für Lieferungen zur Frühjahrsbestellung Gültigkeit hat.

### Dividende.

Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft: 8 pCt. (wie 1. V.).

## Geräumte Kolonialwarenläger.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

* **Hamburg,** 10. April.

Der Kaffeemarkt eröffnete die letzte Berichtsperiode zunächst in ruhiger Haltung. Infolge der mehrtägigen Börsenunterbrechung während der Feiertage kam das Geschäft nur langsam in Gang, da eine starke Unsicherheit über die Preislage dem Verkehr beherrschte. Erst die weiteren Verluste nahm das Geschäft wieder größeren Umfang an, da namentlich von seiten des Inlandes eine sehr rege Kauftätigkeit einsetzte. In allgemeinen wurde versuchte Ware bevorzugt, Aber auch Transitware wurde gegen Berichtsschluß rege umgesetzt. Die Preise auf dem Lokalmarkt zeigten eine ziemlich feste Haltung. Recht lebhaft war das Abladungsgeschäft mit Brasilien. Der Umstand, daß die Lokalvorräte im Hamburger Freihafen stark zusammenschmolzen sind, veranlaßte die Hamburger Importeure zu größeren Abschlüssen mit Brasilien, um so mehr, als die brasilianischen Angebote zunächst bis um ½ Schilling herabgesetzt wurden. Als dann später Brasilien seine Offerten wieder um 1 Schilling heraufsetzte, kam das Geschäft wieder ins Stocken. Die Nachfrage nach zentralamerikanischen Kaffees hat in jüngster Zeit etwas nachgelassen.

Auf dem Kakaomarkt war das Geschäft in Lokoware nicht übermäßig groß, da das Inland nur geringe Ansprüche stellte. Dagegen wurde gegen Berichtsschluß Kakaopulver sehr rege umgesetzt, infolge starker Nachfrage des Inlandes. Es fanden namentlich größere Abschlüsse in prompter Ware statt. Im Verkehr mit den Produktionsmärkten zeigte sich etwas Kauflust für Bahia superior und für Thome superior.

Der Reismarkt zeigte eine ziemlich feste Grundstimmung auf Grund größerer Festigkeit der überseeischen Produktionsmärkte, namentlich des Ostens. Die Kauflust im Inlande war nicht übermäßig groß. Immerhin kamen einige Abschlüsse in Burma-Reis neuer Ernte (die alten Bestände sind gänzlich geräumt) zustande. Auch für Burmah-Bruchreis machte sich etwas inländischer Begehr geltend. Zeitweise trat das Angebot in größerem Maßstabe als Käufer auf dem Lokomarkt auf, mitter Bevorzugung der besseren Qualitäten.

*

Die Stimmung an der heutigen Berliner Produktenbörse war etwas matter. Der Grund liegt in dem stärkeren Angebot der Provinz, das sich namentlich in Weizen bemerkbar macht und mit denen die billigeren Auslandsnotierungen parallel laufen. Roggen, Hafer und Gerste zeigten etwas Neigung zur Abschwächung, konnten aber im allgemeinen ihre Preise behaupten. Größere Umsätze fanden indessen auch hierin nicht statt. Mais war etwas billiger angeboten, aber schwer abzusetzen. In Oelkuchen hat sich das Geschäft etwas belebt. Mehl wurde weiter angeboten, stieß aber infolge der ermäßigten amerikanischen Offerten auf geringe Unternehmungslust.

Kauftutter. (Bericht der Preisnotierungskommission für Kauftutter.) Großhandelspreise per 50 kg ab Berliner Station: drahtgroup. Rogen- oder Weizenstroh 14 500—16 500 M., do. Haferstroh 11 000—13 000 M., do. Gerstenstroh 11 500—12 500 M., Roggenlangstroh 15 000—16 000 M., bindfadengroup. Roggen- oder Weizenstroh 14 500 bis 15 500 M., lose Kornmandeln 9 500—15 500 M. Haferheu 19 500 bis 20 500 M., handelsübl. Heu 13 000—15 000 M., gutes Heu 15 000 bis 17 000 M.

### Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 11. April.

| Produkte | 50 Kilogr. in Mark vormittags | | Produkte | 50 Kilogr. in Mark nachmittags | |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, mark. | 51000—52000 | 52000—53000 | Vikt.-Erbs. | 68000—72000 | 68000—72000 |
| - mecklenb. | — | — | Kl. Speise- | 60000—65000 | 60000—65000 |
| - poln. | — | 61000 | Futtererbs | — | — |
| Roggen, märk. | 42000—42500 | 43000 | Peluschken | 60000—65000 | 60000—65000 |
| - pomm. | — | 46000 | Ackerbohn. | 40000—45000 | 40000—45000 |
| - mecklenb. | — | — | Wicken | 40000—45000 | 40000—45000 |
| - schles. | — | 45000 | Lupinen, blaue | — | — |
| Gerste, Braugerst- | 36000—37000 | 36000—38000 | do. gelbe | — | — |
| - sonst. | — | — | Serradella | 90000—100000 | 90000—100000 |
| Hafer, märk. | 39000—39500 | 40000—39000 | Rapskuchen | 32000—33000 | 32000—33000 |
| - pomm. | 37000—38000 | 40000—39000 | Leinkuchen | 30000—32000 | 30000—32000 |
| Mais loko Berlin | 45000—46000 | 47000—47500 | Trockenschnitzel | 15500—16500 | 15500—16500 |
| Weizenmehl, Berlin | 42000—44000 | 43000 | Kartoffelflocken | — | — |
| Roggenmehl*) | 132—138500 | 132—138500 | Vollmagermilch | — | — |
| Weizenkleie**) | 20000 | 20000 | Schnitzel | 20000—20500 | 20000—21000 |
| Roggenkleie**) | 20000 | 20000 | Kartoffel- flocken | 19500—20500 | 20000—21000 |
| Raps** | 85000—90000 | 85000—90000 | Torfmehlstreu | — | — |
| Leinsaat**) | 85000—90000 | 85000—90000 | Malzkeime | 13500—14500 | 13500—14500 |

*) 100 kg. **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) ab Station.

Tendenz: Weizen, Roggen, Mehl, Kleie und Oelsaaten still. Gerste und Mais abgeschwächt. Hafer schwer.

**Berliner Buttertonnotierungen** vom 11. April: Ia. Qualität 7000 M., do. IIa. 6400—6900 M., abfallende —; Tendenz fest.

| | Metallpreise in Berlin (für 1 kg in Mark) | 11. April | 10. April |
|---|---|---|---|
| Elektrolytkupfer wire bars (freigegeben von der Vereinigung f. die deutsche Elektrolytkupfernotiz) | | 8110 | 8118 |
| Original-Hüttenzinn (Preise ab Lager) | | 383—29 | 3645—35 |
| Raffinadekupfer, 99—99,5 pCt. . . . 1 kg in Mk. | | 7050—7100 | 7000—7050 |
| Originalhüttenweichblei . . . . do. | | 2700—2750 | 2700—2750 |
| Hüttenraffinade, Preis ab Verkehr | do. | 3350—3400 | 3325—3425 |
| Remelted Plattenzink . . . . | do. | 2600—2660 | 2500—2600 |
| Originalhüttenaluminium, 98,99 pCt. | do. | 9750 | 9750 |
| - - - in Walze od. Drahtbarren | do. | 9368 | 9368 |
| Banka-, Straits-, Australzinn . . . | do. | 21600—21900 | 21400—21700 |
| Hüttenzinn, mindestens 99 pCt. . . | do. | 21100—21400 | 21000—21300 |
| Reinnickel | do. | 11500—12000 | 11500—12000 |
| Antimon-Regulus . . . . . | do. | 2650—2750 | 2650—2750 |
| Silber in Barren ca. 900 fein . . . | do. | 42350—42650 | 424—426500 |

## Geschäftsbericht.

Grube Leopold A.-G. Abschluß per 31. Dezember 1922: Geschäftsgewinn einschl. Vortrag 126,54 (1. V. 13,29) Mill. M., dagegen Handlungsunkosten einschl Steuern 22,92 (2,76) Mill. M., Schuldverschreibungszinsen 1,54 (0,79) Mill. M. Nach Abschreibungen von 25,97 (4,33) Mill. M. verbleibt ein Reingewinn von 76,1 (5,55) Mill. Mark, daraus 100 (20) pCt. Dividende auf die Stammaktien gleich 28¾ Goldpfennige je Aktie, und 6 pCt. auf die Vorzugsaktien, ferner Ueberweisung an Reservefonds II 4 (0,3) Mill. M., an Werkunterstützungsfonds 1 (0) Mill. M., Beamten- und Arbeiter-Unterstützungskassen 18 (0,8) Mill. M., Tantiemen an Aufsichtsrat 5,09 (0,3) Mill. M. und Vortrag 2,48 (0,05) Mill. M. Zu berücksichtigen ist bei dem Abschluß besonders, daß Ende des Jahres 1922 der Verkaufspreis von 300 (0) Mill. M. einem Werkerhaltungsfonds überwiesen sind. Gesamtförderung, Fabrikation und Absatz aller Werke zeigen eine Steigerung gegen das Vorjahr. Die Kohlenförderung ist von 1,69 Mill. To. auf 1,96 Mill. To., die Briketterstellung von 367 000 To. auf 385 000 To. gestiegen, an Strom wurden 31,47 Mill. KW.-Std. gegen 26,66 Mill. im Vorjahre abgegeben. Für Grube Luise-Tiefbau ist damit kaum noch vor Beginn zur baldigen Aufnahme der Förderung der Kohle in Angriff genommen werden; der Betrieb der bei der neuen Haltestelle „Grube Ludwig" errichteten sechsprozentigen Brikettfabrik kann noch vor Beginn des zweiten Halbjahres 1923 in vollem Umfange aufgenommen werden. Im Hinblick auf die hierdurch sich wesentlich steigernde Gesamtleistung erwartet die Verwaltung auch für das laufende Jahr ein befriedigendes Gesamtergebnis: Bilanz: Maschinen 1023,9 (4,4) Mill. Mark. Vorräte 7,59 (0,48) Mill. M., Wertpapiere und Beteiligungen 4,95 (2,42) Mill. M., Außenstände, insbes. Guthaben beim Syndikat 1052,8 (31,7) Mill. M., Anzahlungen an Lieferfirmen 15,86 (12) Mill. Mark. Bankguthaben 84,95 (29,54) Mill. M. und Kreditoren 903,15 (27,4) Mill. M.

**Berliner Lloyd Versicherungs-Gesellschaft.** Zu dem Verlangen eines Aktionärs der Gesellschaft auf Einberufung einer ao. G.-V zwecks Reorganisation des Unternehmens erfahren wir, daß eine neue Majoritätsgruppe nicht nur eine andere Zusammensetzung des Aufsichtsrates, sondern auch die Verbreiterung der Kapitalbasis anstrebt. Die Majoritätsgruppe steht unter Führung der Hamburger Handels-Bank, die vor einiger Zeit das maßgebende Aktienpaket erworben hat. Es besteht die Absicht, den Gesellschaftssitz des Berliner Lloyd, der im übrigen befriedigend arbeitet, zu erweitern.


Verantwortlich für die Redaktion Kurt Stähn Berlin.

Verlag und Druck: Hilpert A.G. Berlin.